

Um den Frieden.

Berlin, 18. September. — Berichte mancherlei Art sind gegenwärtig im Umlauf über ein englisches Friedensangebot, ein deutliches Doointeressensklärung gegenüber Belgien und die Zukunft Litauens, etc., wie Abgeordneter Gräbiger glaubte mitteilen zu können, ebenfalls statliche Selbständigkeit verliehen würden soll. Über alle diese Verüchte ist es gegenwärtig außerordentlich schwer, etwas endgültiges zu sagen, weil die Dinge, auf die sie sich beziehen, selbst noch im Fluss sind. Die Berichte über ein englisches Friedensangebot lassen sich zum Beispiel so widerfinnen das zunächst Uingen mag, mit demselben Recht bestätigen, mit dem sie sich zu Abrede stellen lassen können. Das ein englisches Angebot nicht vorliegt, ist von deutscher - amtlicher Stelle bereits erklärt worden und entricht zweifellos den Tatsachen. Andererseits hat es aber wieder sehr den Anschein, als ob in letzter Zeit in einer Sache nicht amtlichen Form, die beiderseits jederzeit abgetreten werden kann, und zwar ohne damit etwas Unrechtes zu jaagen, ein gewisser Beleidigungsaustausch zwischen Bevölkerungen stattfindet, die über die deutschen und die englischen Anschluss und Absichten unterrichtet sind. Eine derartige Ablösung ist wohl auch früher bereits genommen worden mit dem Ergebnis, dass die beiderseitigen Anschlussdamals noch nicht so überzeugt waren. Man hoffte in England und immer viel von einem Angriff zu Lande und glaubte, gestützt auf die amerikanischen Justizbeamten, den deutschen Unterseebootkrieg nicht in dem Maße fürchten zu müssen, wie sich jetzt als Normandie herausgestellt hat. Ob eine solche nichtamtliche Ablösungnahme gegenwärtig mehr Perspektiv auf Erfolg hat, muss abgewartet werden. Zweifellos ist ihr durch die Friedensnote des Papstes bis zum gewissen Grade der Boden bereitet worden, da der Papst, wie von Seiten des Vatikans selbst betont worden ist, sich zu dieser Anerkennung erst entschlossen hat, nachdem er über die Auswirkungen eines solchen Schrittes mit den beiderseitigen Mächten Ablösung genommen hatte. Bekanntlich wird auch "die vom amerikanischen Standpunkt aus so mühlos umschriebene Willensmehr, die uns zur Herbeiführung der inneren Einheit einen so großen Dienst geleistet hat, vor anderen Seiten — und vielleicht nicht mit Utrecht — als ein Rücksprung bezeichnet, dessen eigentlicher Charakter durch eine fast Bluffanwendung verdeckt werden soll.

Was über die Absichten bezüglich Belgien und Litauen verlautet, geht letzten Endes wohl zurück auf die Mitteilungen von Abgeordneten über die westeuropäischen Verbündeten im Danziger Kongress. Da Konsensabilität an dem vertraglichen Schalter der dort gemachten Mitteilungen unbedingt festgehalten wird, ist es nicht möglich, zu diesen Konsensabilitäten im einzelnen Bezug zu nehmen. Das über Starck und Litauen in obigerer Note eine standhaftigkeit der deutschen Regierung beobachtet, ist wohl so gut wie sicher und durchaus jemand überzeugen. Au ein vollständig unabdingbares Litauen ist dagegen nicht zu denken. Wenn die Regierung mit dem Blatt über Litauen und Starck angenommen ist, so zweifelt, ja ich das wahrscheinlich in erster Linie darin begründet, dass die Dinge tatsächlich noch nicht so weit gediehen sind um mit bestimmten Ergebnissen vor die Öffentlichkeit treten zu können. Auch kann vielleicht die

Übersicht auf die Polen, die bekanntlich Litauen dem polnischen Staate am liebsten einverleibt sehen, diese Zurückhaltung ebenfalls die ursprüngliche haben. Es liegt auf der Hand, dass der Weg der Regierung durch die bekannte Friedenserklärung des Reichstages nicht gebrochen werden kann.

Ebenso kann gegenwärtig Belgien keine Rolle davon sein, dass Deutschland ohne greifbare Bürgschaften, das Belgien nicht wieder zurückholen der Verbündeten gemacht wird, das Land räumt. Wenn jedoch mit England über den Frieden verhandelt werden wird, so liegt es auf der Hand, dass Belgien im Mittelpunkt dieser Verhandlungen steht, und das Englands Absicht, die es ja verschiedentlich belastet gegeben hat, darauf hingehen, den alten Bushand möglichst in verschärfter Form wiederherzustellen. Dass die deutsche Regierung an keine Annexion Belgiens denkt, sondern Sicherheiten anderer Art gegen die Wiederkehr dessen, was wir erlebt haben, erstrebt, ist bekannt. Dazu wird in erster Linie gehören, dass die von uns geschaffene Auseinandersetzung der Verwaltung von dem künftigen belgischen Staat übernommen wird. Außerdem werden wir weitere Bürgschaften gegen eine Deutschland feindliche Politik fordern, vielleicht in ähnlicher Weise, wenn auch nicht so weitgehend, wie von Polen. Ob die in die Gesellschaft gedrungenen Einzelheiten den tatsächlichen entsprechen, ist zurzeit nicht festzuhalten. Die Meldung, dass Deutschland gegenüber englischen Wünschen bereits ein Desinteresse erlangt habe, ist im übrigen nicht so einfach zu bejahen oder zu verneinen, weil es sich dabei nicht um eine Tatsache, sondern um ein Urteil handelt, das nach dem Standpunkt, den der Beteiligte einnimmt, sehr verschieden ausfallen muss. Ein Beispiel dafür ist die deutsch-österreichische Haftregeln bezüglich Polens, die Polen ebenfalls bestätigt haben, wie gewisse deutsche Kreise. Es kommt Ihnen dabei auch nicht so sehr auf die Form an, da ja nur festgelegt werden kann, wie auf den Inhalt, mit dem man diese Form zu erfüllen gedenkt.

Großes Entgegenkommen der Mittelmächte

Der Mainländer Verantwortlicher des "Daily Telegraph" meldet, dass die österreichisch-deutsche Antwort auf die päpstliche Note den Balkan erreicht habe und momentan überraschende neue Friedensvorstellungen enthalte. In Wien sei man sehr optimistisch und erwartet den Frieden vor Beginn des Winters. Offizielle Blätter sprechen mit inspirierter Einmütigkeit von dem großen Entgegenkommen Deutschlands und Österreichs zur Erbringung des Friedens.

Ein Zentrumsführer über unsere Interessen in Belgien.

Die "Sohn Wolfsburg" veröffentlicht längere Ausführungen über Deutschlands Interessen in Belgien und erklärt, dass die Aussöhnung des Blattes sich mit der eines ihm anliegenden Mitgliedes des Zentrums deckt. Letzter, meint das Blatt, nach dem Krieg nicht mehr ebenso neutral bleiben. Es werde in einem künftigen Kriege entweder unter oder das feindliche Aufmarschgebiet sein. Würden feindliche Heere dann nicht ohne Auseinandersetzung und feindliche Invasionen in Danielen in unser rheinisch-württembergisches Aufmarschgebiet eindringen und die Lebensader für uns

im Kriege schon am ersten Tage vernichtet? Keine deutsche Regierung könnte angesichts dieser Tatjaden erklären, dass sie an Belgien desinteressiert sei. Belgien möge als selbständiger Staat Deutschland die Gebiete verpflichten, die es als Flottenstützpunkte gebraucht. Wir müssen reale Garantien dafür erhalten, doch es seine Festungen, seine Eisenbahnen, sein ganzes Militär nicht gegen uns bewegen kann. Die Freiheit der Meere schließt auch in sich die Freiheit der Meerzeuge. Dieser Punkt sei in den ganzen bisherigen Erörterungen der Kriegssitzung viel zu wenig zur Sprache gebracht worden. Belgien sei aber die Türe, durch die wir die Freiheit der Meere in der Zukunft erwingen können.

Die Entente in Erwartung der deutschen Antwort an den Papst.

London, 18. September. Das Reutersche Bureau erzählt, dass die Alliierten den Friedensvorschlag des Papstes nicht eher beantworten wollen, als bis die Mittelmächte ihre Antwort an den Balkan abgeschickt haben. Die Haltung Englands stimmt im allgemeinen vollständig mit der Attitute Österreichs, die Präsident Wilson dem Papst gab.

Friedenssuchsucht unter den englischen Frontsoldaten.

Aus Seiten der sozialistischen Arbeiterschaft wird mitgeteilt, dass unter den englischen Frontsoldaten sozialistische Friedenskomitees gebildet worden sind, die Provokation gegen Annexionserhebungen machen und allgemein Zustimmung finden.

Die Konferenz der Zimmerwalder gegen den Krieg.

Die Konferenz der Zimmerwalder ist beendet. Das Komitee über die Verhandlungen wird Anfang der nächsten Woche veröffentlicht werden. Die Konferenz nahm Stellung gegen den Krieg und dessen Fortdauer auch nur um einen Tag länger als nötig.

Deutschlands militärische Erfolge — ein Friedenshindernis?

Nach "Times" vom 10. 9. erklärte der ehemalige Minister Herbert Samuel in einer Versammlung in London: Es wäre unaufdringlich zu sagen, dass irgendwelche Ansichten auf einen baldigen Frieden bestehen. Die Deutschen haben zu viele militärische Erfolge gehabt, als dass sie dem einzigen Gedanken zu stimmen könnten, den England und seine Verbündeten benötigen könnten.

Warum Amerika in den Krieg eintrat

Sonntag v. u., 18. September. "Sozialdemokrat" veröffentlichte Bruchstücke eines Briefes, der von einem hervorragenden amerikanischen Bürger an den Hamburger Geschäftsführer der sozialdemokratischen Partei gerichtet wurde. Daraus ist das Folgende zu entnehmen: Ich selbst war verhaftet und bin frei gegen Haftstrafe nur, weil ich versucht, zu beweisen, dass die Vereinigten Staaten in den Krieg eingetreten sind, um zu verhindern, dass die alliierten Mächte und besonders die Sowjetunion in Süßostasien keinen Ultimo fassen geben.

wurden ihr 100 Mark geboten, und um diesen Preis verkaute sie dann die 50 Eier.

Keine Beschlagsnahme der Privatwäsche. Am Mittwoch an die Beschlagsnahme der Gashausanlage sind in der Bevölkerung verschwindlich Gerüchte verbreitet worden, dass auch eine Beschlagsnahme der in den Privathaushaltungen vorhandenen Wäschebestände bevorstehe. Diese Beschlagnahmen sind hofflos. Die Reichsbefreiungsstelle erklärt ausdrücklich, dass sie nicht befähigt ist durch Beschlagsnahme oder Enteignung in die Wäschebestände der Familien einzutreten.

Wegfall der Mithilfenzinsen in den Volksschulen. Wie das König. Ministerium bekannt und öffentlichen Unterrichts am 6. September 1917 verordnet hat, kann auch in diesem Jahr die Erziehung von Mithilfenzinsen in den Volksschulen weglassen, wenn die Rottauschungen für eine unerlässliche Beurteilung der Leistungen der Schüler infolge tiefeintrittender Störungen des Unterrichts betriebe seien.

Für 90 Pfund Mehl 300 Mark! Ein Berliner Kaufmann in Kissingen, der mit Hilfe eines Haushaltshilfes 20 Pfund Mehl für 300 Mark gekauft hat, wurde vom Amtsgericht zu 2000 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Badergehilfe erhält eine Geldstrafe von 150 Mark.

Dresden. Von einem Bären auffallen.) Ein Zoologischen Garten machte am Sonntag fünf ein junger Bär, der sich in einem Käfig neben dem eingeschlossenen Bären befand. Diesen Ausblick hatte der Bär bemerkt und langte mit seinen Fäusten durch seine Käfiggitter, erfasste den jungen Mann an seinem Arm und zog ihn so fest an sich, dass er dem jugendlichen Wärter den Arm vollständig zerfleischt und wund zugerichtet.

Aus Nah und Fern.

Richtenstein, 19. September Erinnerungen aus dem Weltkrieg.

19. September:

Vor drei Jahren:
Westen (Endebericht) von deutschem Truppenbesatz. — Unterseite des englischen Unterhosenbretts Nr. 1. — Entfernung französischer und japanischer Kriegsgefangener und 250000.

Vor zwei Jahren:
Kriegerische Rüstung im Württemberg von Ulmabata.

Vor einem Jahre:
Russische Angriffe bei Lutsk fortsetzen.

* * *
Die allgemeinen Zeichnungen auf die 7. Reichskriegsanleihe beginnen bekanntlich heute am 19. September. Zahltermin ist die 30. November. Ist der 18. Oktober mittoas 1 Uhr? * * * Wäre diese neue Anleihe zur Kriegsanleihe werden?

Arbeiter-Wochenkarten. Von 1. Oktober 1917 an wird bis auf weiteres den auf den jüdischen Staatsbanknoten gelgenden Arbeiter-Wochenkarten eine Wettbewerbszone von 2 Kalendertagen beigelegt, weil die in der für die Verlängerung auf drei Wochen maßgebend gewordenen Voraussetzungen im allgemeinen nicht mehr zutreffen. Die Wochenkarten können vom Lösungstage bis zum Zahltag der auf die Lösungswarte folgenden Woche benutzt werden.

* * * (N. N.) **Zur Beachtung!** Am 20. September 1917 tritt eine Bekanntmachung, betreffend Reichsladung und Bestandsverbrauch der deutschen Reichsflotte und des Wollgutes bei den deutschen Werken, in Kraft. Der Wortlaut der Bekanntmachung ist bei den Postbehörden einzusehen.

Neuregelung des Papierverbrauchs. Nach einer Bundesratsverordnung ist der Reichsland-

rat erneut Erhebungen über die Vorräte, die Lieferung, den Bezug und den Verbrauch von Papier, Karton und Pappe jeder Art anzurufen und vorzuschreiben, das über Lieferung, Bezug und Verbrauch Ende zu führen und Anzeige an eine von ihm bestimmende Stelle zu erstatten ist. Der Reichslandrat ist ferner ermächtigt, Anordnungen über Herstellung, Lieferung, Bezug und Verbrauch von Papier, Karton und Pappe zu treffen. Zur Tedung der Verwaltungsoffiziere kann der Reichslandrat den an dem Verfeste mit Gewehren der genannten Art Beteiligten Leutnants auferlegen. Die neue Verordnung stellt sich als eine Erweiterung der Verordnung vom 18. April 1917 über den Verbrauch von Druckpapier dar. Zunächst sind die Verwaltungsoffiziere auf alle Sorten von Papier, Karton und Pappe ausgedehnt, während die bisherigen Verordnungen nur das Druckpapier betraten. Dieser ist der Reichslandrat ausdrücklich die Befugtigkeit erteilt, Erhebungen über die Vorräte, die Lieferung, den Bezug und den Verbrauch von Papier in der Art einzufordern; die frühere Verordnung sprach dagegen nur im allgemeinen von Papier mit zur Ausführung des Verbrauchs, zu denen insbesondere nur Schreibpapiere über die erforderlichen Rohlöffnungen und den Verbrauch gehörten sollten. Auch kann die fehlende Verordnung nicht den Zwang zur Durchführung und die Ausdehnung. Nein ist jedoch, dass der Reichslandrat auch Anordnung über die Herstellung von Papier usw. treffen kann. Schließlich ist noch auf das Recht des Reichslandrates, den am Verleih mit Papier Beteiligten Beiträge zur Tedung der entsprechenden Verwaltungsoffizieren aufzuerlegen, zu verweisen.

* * * **Für 100 Mark 50 Eier!** Eine Frau aus Polen ruht zu Verwandten nach München, denen sie 50 Eier mitbringen wollte. Sie erzählte hier von einer Witwe, woraus ihr die Fremde 50 Mark für die Eier bot. Da die Frau das Angebot ablehnte,

Kunstfeiern der Stadt von den Feierlichkeiten besetzt sind.

St. Gallen der Landesverein für Ehre und Würde einer Stadt.

Freiburg in Wiedenbrück. Am 1. August 1917 gab der Vater einer Tochter eine schwere Verletzung.

Lugau verlässt in Schönau die Stadt, indem er zur Erfahrung zu gehen beginnt.

Reichenbach in Sachsen. Immer wieder ist die Stadt von den Feierlichkeiten besetzt.

Berlin in Wiedenbrück. Am 1. August 1917 gab der Vater einer Tochter eine schwere Verletzung.

Göthen in Wiedenbrück. Am 1. August 1917 gab der Vater einer Tochter eine schwere Verletzung.

Steinbach in Wiedenbrück. Am 1. August 1917 gab der Vater einer Tochter eine schwere Verletzung.

Halle in Wiedenbrück. Am 1. August 1917 gab der Vater einer Tochter eine schwere Verletzung.

Kleinstadt in Wiedenbrück. Am 1. August 1917 gab der Vater einer Tochter eine schwere Verletzung.

Kassel in Wiedenbrück. Am 1. August 1917 gab der Vater einer Tochter eine schwere Verletzung.

Neustadt in Wiedenbrück. Am 1. August 1917 gab der Vater einer Tochter eine schwere Verletzung.